

EU-Nachrichten 2 2017

KURZ & KNAPP

Aufbau der Energieunion 3

Energiewende auf gutem Wege

IM FOKUS

Migration übers Mittelmeer 4

Weitere Vorschläge zur Kooperation mit Afrika

Soziale Rechte in der EU 6

In diesem Jahr sollen die entscheidenden Weichen gestellt werden

EU-LANDWIRTSCHAFT

Vorschläge für die künftige Richtung sind gefragt

Landwirte in der EU stehen vor zunehmend komplexen Herausforderungen. Sie sollen zum Umwelt- und Klimaschutz beitragen, die Bürger mit sicheren und qualitativ hochwertigen Lebensmitteln versorgen und haben gleichzeitig mit schwierigen Marktbedingungen zu kämpfen. Um sie dabei zu unterstützen und die Lebensfähigkeit ländlicher Gebiete zu sichern, will die EU-Kommission die Regeln der EU-Agrarpolitik anpassen und sie „fit für das 21. Jahrhundert machen“, sagte EU-Agrarkommissar Phil Hogan. In den kommenden drei Monaten können alle interessierten Landwirte, Bürger, Organisation im Rahmen einer Konsultation ihre Meinung dazu sagen, wie die künftige Politik aussehen soll.

Die derzeitige Politik bringe allen Europäern bereits „großen Nutzen“, sagte Hogan. Aber es brauche weitere Verbesserungen. Unter anderem strebt die Kommission einfachere Regeln und weniger Bürokratie an.

Zukunft der Gemeinsamen Agrarpolitik



Ein Auslandsaufenthalt bringt nicht nur neues Fachwissen. Es lassen sich auch neue Bekanntschaften knüpfen und neue kulturelle Erfahrungen machen.

30 JAHRE EU-AUSTAUSCHPROGRAMM ERASMUS

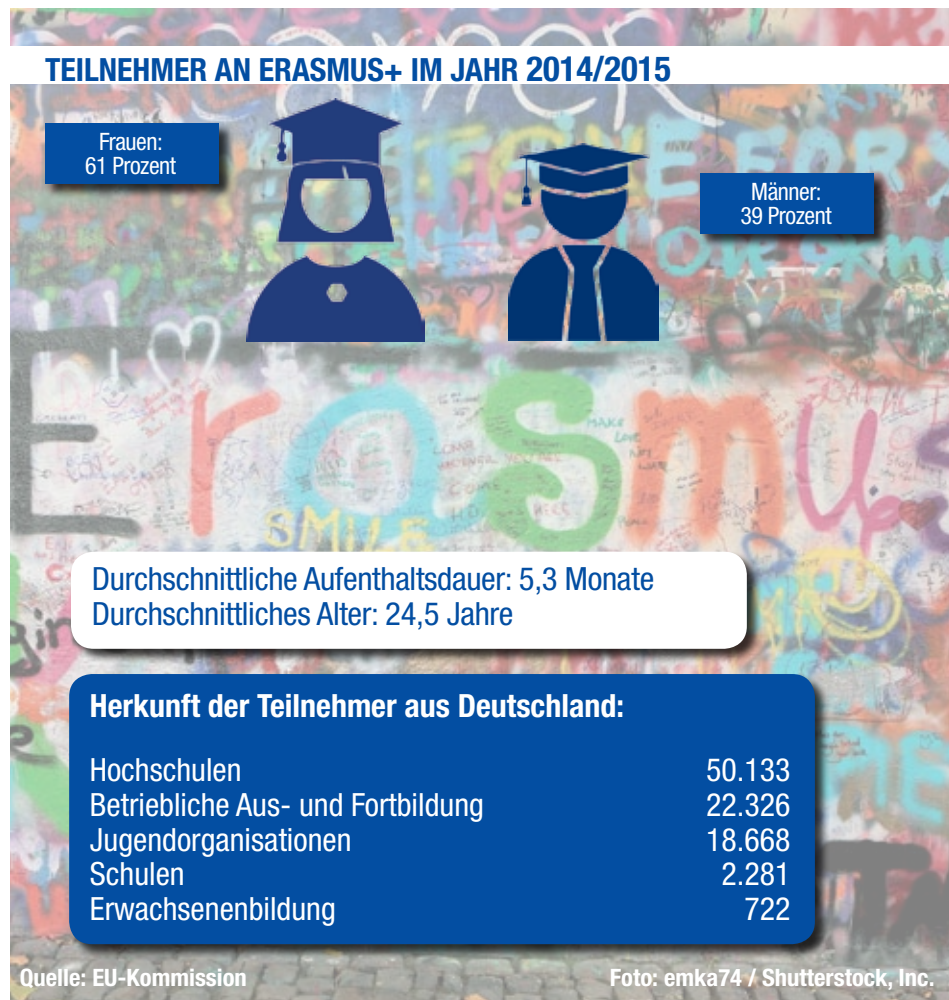
Eine europäische Erfolgsgeschichte

Als 1987 die ersten 3.200 Studierenden aus elf EU-Staaten an dem neuen Austauschprogramm für Hochschulstudierende „Erasmus“ teilnahmen, dürfte sich kaum einer vorgestellt haben, was daraus einmal werden würde: eine der großen Erfolgsgeschichten der EU. Über die Hälfte aller EU-Bürgerinnen und Bürger kennen heute das Programm und 86 Prozent haben eine positive Meinung dazu.

> Seit 2014 heißt es Erasmus+ und umfasst längst viel mehr als Studentenaustausch. In den vergangenen 30 Jahren eröffnete es 9 Millionen Menschen, darunter 1,3 Millionen aus Deutschland, die Chance, einen Teil ihres Studiums oder ihrer Ausbildung im Ausland zu absolvieren, dort Freiwilligendienst zu leisten, Berufserfahrung zu sammeln oder andere Sportgruppen und Ehrenamtliche zu treffen.

„Ein Auslandsaufenthalt erfordert Mut, sich auf Neues einzulassen. Aber dieser Mut wird auch belohnt. So wird die Vielfalt Europas auch zu einem persönlichen Gewinn“, sagte Bundeskanzlerin Angela Merkel in einer Videobotschaft für die zentrale Festveranstal-

tung zu „30 Jahre Erasmus“ in Berlin. „Das Programm verbindet Menschen miteinander, unterstützt ihre Zusammenarbeit und versetzt so unsere Jugend in die Lage, eine bessere Gesellschaft aufzubauen“, erklärte Tibor Navracsics, EU-Kommissar für Bildung, Kultur, Jugend und Sport. „Keine andere Initiative hat eine ganze Generation von Europäerinnen und Europäern so geprägt“, sagte Bundesbildungsministerin Johanna Wanka. Erasmus verbinde und habe konkreten Nutzen für die Menschen. Zum Beispiel hilft ein Aufenthalt im Ausland dabei, „wichtige Fähigkeiten wie soziale und interkulturelle Kompetenz zu entwickeln, und fördert bürgerschaftliches Engagement“, sagte EU-Kommissar Navracsics. >>>



hinaus, sehr zu empfehlen. Ich lernte dort viel über die tschechische Geschichte und auch das Verhältnis zwischen Deutschland und Tschechien und setzte mich so bewusst damit auseinander“, berichtete Harle.

Fast alle Erasmus-Absolventen sind laut EU-Kommission der Meinung, dass sie hinterher über neue Kompetenzen verfügen. 80 Prozent glauben, dass sich ihre beruflichen Chancen verbessert haben und ein Drittel derjenigen, die ein Praktikum im Ausland absolviert haben, erhielten vom aufnehmenden Betrieb anschließend ein Stellenangebot.

Spanien ist das beliebteste Ziel

Für die Jahre 2014 bis 2020 ist Erasmus+ mit einem Budget von 14,7 Mrd. Euro ausgestattet. Ziel ist es, dass über vier Millionen Menschen damit Erfahrungen im Ausland ermöglicht werden, aus Deutschland sollen es über eine halbe Million sein. Der Jahresbericht der Kommission für 2015 zeigt, dass dies realistisch ist. 2015 habe es mit 678.000 Menschen einen neuen Teilnehmerrekord gegeben. 290.000 Studienaufenthalte und Praktika seien gefördert, 19.600 Projekte durch Erasmus+ unterstützt worden. Die meisten Austausch-Teilnehmer kamen aus Frankreich (39.985), Deutschland (39.719) und Spanien (36.842). Beliebtestes Zielland ist weiterhin Spanien, wohin 42.537 Teilnehmer gingen. Auf dem zweiten Platz folgt Deutschland (31.871), gefolgt von Großbritannien (30.183). Das monatliche Stipendium für Studierende betrug 2015 im Durchschnitt 218 Euro. Teilnehmerländer an Erasmus sind derzeit alle 28 EU-Staaten sowie die Türkei, Norwegen, Island, Liechtenstein und die ehemalige jugoslawische Republik Mazedonien. (frh) >

30 Jahre Erasmus-Programm

Auf gesellschaftliche Probleme reagieren

Die EU-Kommission passt Erasmus+ ständig an neue Entwicklungen an, auch um auf gesellschaftliche Herausforderungen zu reagieren. So wurde etwa die Online-Sprachhilfe, über die Erasmus-Teilnehmer vor und während der Auslandsaufenthalte Sprachunterricht nehmen können, angepasst, so dass sie auch zur Integration von Flüchtlingen und Migranten genutzt werden kann. 100.000 Flüchtlinge sollen damit in den nächsten drei Jahren Sprachunterricht bekommen können. Dafür stellte die EU 4 Mio. Euro bereit.

>> Dazu kommen vielfältige Kenntnisse, Kompetenzen, Fähig- und Fertigkeiten, die im Ausland erworben werden und im späteren Berufs- und Privatleben nützlich sein können. Durch die Ausweitung des Programms können Menschen aller Altersgruppen von Schülern über Auszubildende, Studierende, Berufstätige (vor allem gering Qualifizierte), Lehrende, Weiterbildungspersonal bis zu ehrenamtlich engagierten Senioren von Erasmus profitieren.

Viele Teilnehmenden kommen mit mehr Selbstvertrauen zurück. Sie haben eine fremde Sprache kennengelernt und einen anderen Lebensalltag erlebt. Oft entstehen Bindungen fürs Leben. Wer diese Erfahrungen gemacht habe, wisse in besonderer Weise den Wert eines geeinten Europa zu schätzen, sagte Bundeskanzlerin Merkel. Für zahlreiche Teilnehmer ist ein Bildungsaufenthalt im Ausland nicht nur eine Episode – er ist oft ein Wendepunkt in ihrem Leben.

Für Viele ein Wendepunkt im Leben

So wie für die ehemalige Studentin Simona Bisboaca aus Rumänien, die nicht nur durch neu erworbene Sprachkenntnisse ihren ersten Job bekam, sondern während des Erasmus-Aufent-

halts in Italien auch Forschungsarbeiten begann, die dazu führten, dass sie später ein Patent auf ein chemisches Mittel anmeldete und Unternehmerin wurde. Der Ire Michael Ward, der aus einer Familie des fahrenden Volks (Irish Travelers) stammt, sagt, Erasmus habe ihm ermöglicht, sein „negatives Gepäck“ abzuwerfen und sich in die Gesellschaft zu integrieren. Bei seiner Arbeit mit dem Europäischen Freiwilligendienst in Estland, Finnland und Georgien habe ihn, den jugendlichen Schulabbrecher und Außenseiter, niemand „in eine Schublade“ gesteckt, und er habe sich weiterentwickeln können.

„Klassischer“ verlief das Auslandssemester der deutschen Theologiestudentin Jana Harle aus Heidelberg in Prag. Ein Schwerpunkt dort war es, Tschechisch zu lernen und Land und Leute kennenzulernen. Dazu kamen vielfältige Begegnungen mit Studierenden aus aller Welt im Wohnheim und das Theologiestudium in einem anderen Land, hauptsächlich in englischer Sprache. Als besonders interessant empfand sie ein kirchengeschichtliches Seminar auf Deutsch, in dem es insbesondere um die tschechischen Kirchen im Nationalsozialismus ging. „Solch ein Seminar ist, über die Studieninhalte

AUFBAU DER ENERGIEUNION

Energiewende in der EU auf gutem Weg

Beim Aufbau einer Energieunion ist die EU ein gutes Stück vorangekommen, wie aus dem zweiten Jahresbericht der EU-Kommission zu dem Thema hervorgeht. Dabei geht es nicht nur um Klima- und Energiepolitik alleine, wie Kommissionsvizepräsident Maroš Šefčovič unterstrich. „Es geht um eine grundlegende Modernisierung der gesamten europäischen Wirtschaft, mit der auf sozial ausgewogene Weise eine Reduzierung der CO₂-Emissionen sowie Energie- und Ressourceneffizienz erreicht werden soll“, sagte er.

Dem Bericht zufolge sind viele Technologien zur Nutzung erneuerbarer Energiequellen inzwischen wettbewerbsfähig. Der Sektor gebe über einer Million Menschen in der EU Arbeit und ziehe mehr Investitionen an als viele andere Branchen. Die Mitgliedstaaten seien auf gutem

Weg, ihre Ziele zur Nutzung erneuerbarer Energie für 2020 zu erreichen. Das gleiche gelte auch für den effizienteren Umgang mit Energie. Der Verbrauch durch Privathaushalte und Wirtschaft sei in der EU 2014 bereits auf einen Wert gesunken, der 2,2 Prozent unter dem für 2020 angestrebten liege. Außerdem sei es gelungen, den Treibhausgasausstoß auch bei Wirtschaftswachstum zu vermindern, so die Kommission. Während das Bruttoinlandsprodukt der EU sich von 1990 bis 2015 um die Hälfte vergrößert habe, seien die Emissionen in dem Zeitraum um 22 Prozent gesunken.

■ [Zweiter Bericht über den Stand der Energieunion](#)



© Shutterstock

EINIGUNG AUF GROSSHANDELSPREISE

Roaming-Gebühren können ab Juni wegfallen

Der für Mitte Juni vereinbarten weitgehenden Abschaffung der Roaming-Gebühren im EU-Binnenmarkt steht nichts mehr im Weg. Vertreter von Mitgliedstaaten und Europäischem Parlament haben sich auf Obergrenzen für die Großhandelsstarife geeinigt. Denn damit das Aus für die Roaming-Tarife für die Netzbetreiber kein Verlustgeschäft wird, müssen die Gebühren sinken, die sich die Mobilfunkanbieter gegenseitig in Rechnung stellen können, wenn ihr Kunde ein Netz im EU-Ausland nutzt. Der nun gefundenen Einigung zufolge werden die Großhandelspreise für Datenroaming zwischen dem 15. Juni und dem 1. Januar 2022 in sechs Stufen gedeckelt.

Die EU-Kommission kündigte eine Analyse des Mobilfunk-Großhandelsmarkts für Ende 2019 an und eine Zwischenbilanz bis Mitte Dezember 2018. Seit 2007 sind die Roaming-Preise in der EU immer wieder gedeckelt worden. Laut Kommission wurden diese Gebühren seitdem um über 90 Prozent gesenkt. Die Tarife für Datenroaming seien verglichen mit 2012 sogar um 96 Prozent gefallen. Übrig bleiben wird von den Gebühren eine Regelung, die Anbieter vor Missbrauch schützen soll, etwa durch dauerhaftes Roaming mit einer SIM-Karte, die in einem EU-Staat gekauft wurde, in dem die Inlandspreise billiger sind als im eigenen Land. Ab einem bestimmten Limit dürfen Mobilfunkanbieter dann einen Aufpreis verlangen, der aber nicht höher als der Roaming-Großhandelspreis sein darf.

■ [Aus für Roaming-Gebühren](#)

STREITSCHLICHTUNG IM WELTHANDEL

Malmström setzt sich weiter für Investitionsgerichtshof ein

EU-Handelskommissarin Cecilia Malmström hat beim Weltwirtschaftsforum in Davos ihre Bemühungen zur Einrichtung eines multilateralen Investitionsgerichtshofs fortgesetzt. Dieser soll Streit zwischen Investoren und Staaten beilegen, etwa über die Zulässigkeit bestimmter Vorschriften. Die EU-Kommission hat erstmals im Mai 2015 einen solchen Gerichtshof mit unabhängigen Richtern vorgeschlagen, dessen Aufbau sich an dem ordentlicher Gerichte orientieren soll. Damit soll der Skepsis vieler Menschen gegenüber der derzeitigen Ad-hoc-Investor-Staat-Streitbeilegung (Investor-State Dispute Settlement – ISDS) Rechnung getragen werden, die gegenwärtig in rund 3200 geltenden Investitionsabkommen verankert ist.

„Bei der wachsenden Skepsis gegenüber den Vorteilen von Handel und Globalisierung müssen wir als Politikentscheider zuhören und bereit sein, internationale Regeln wenn nötig neu zu gestalten“, schrieb Malmström in ihrem Blog. „Wir treiben diese Initiative gemeinsam mit Kanada voran und ich habe sie bei verschiedenen Gelegenheiten in Seminaren und Diskussionen in Davos zur Sprache gebracht“, so Malmström. Im geplanten Freihandelsabkommen mit Kanada (CETA) ist eine überarbeitete Form von ISDS vorgesehen. Der Handelsausschuss des Europaparlaments hat CETA inzwischen zugestimmt. Das Votum des Parlamentsplenums ist für den 15. Februar geplant.

■ [Multilateraler Investitionsgerichtshof](#)

GRENZEN IM SCHENGENRAUM

Kontrollen sollen bis Mai verlängert werden

Deutschland und vier andere Länder sollen bestimmte Grenzabschnitte zu ihren Schengen-Nachbarstaaten zunächst weiter kontrollieren können. Die EU-Kommission schlug eine Verlängerung der Ausnahmeregelungen um weitere drei Monate bis Mitte Mai vor. „Auch wenn wir in den vergangenen Monaten unsere Maßnahmen kontinuierlich verstärkt haben, um dem beispiellosen Migrationsdruck auf Europa zu begegnen, sind wir aber leider noch nicht am Ziel“, begründete Migrationskommissar Dimitris Avramopoulos den Vorschlag. In Griechenland gebe es nach wie vor eine große Zahl irregulärer Migranten und Asylbewerber und die Lage auf der Westbalkanroute bleibe instabil. Die Aufrechterhaltung der Grenzkontrollen an den Binnengrenzen des Schengenraums, wo normalerweise Reisefreiheit gilt, sollten aber nur unter strengen Auflagen erlaubt werden, und weiterhin wöchentlich überprüft werden, betonte der Kommissar.

Von der Regelung betroffen sind die deutsche Grenze zu Österreich, österreichische Grenzabschnitte zu Ungarn und Slowenien, Dänemarks Grenze zu Deutschland und Schwedens Kontrollen in bestimmten Häfen im Süden und Westen sowie an der Öresundbrücke. Das ebenfalls zum Schengenraum gehörende Norwegen kann seine Kontrollen in Häfen mit Fährverbindungen nach Schweden, Deutschland und Dänemark aufrechterhalten.

■ [Verlängerung der Grenzkontrollen](#)

Kommission macht weitere Vorschläge zur Kooperation mit Afrika



Eine stärkere Zusammenarbeit mit Drittstaaten bei der Küstenwache soll mehr Erfolge beim Kampf gegen Schleuser bringen und mehr Menschen vor dem Ertrinken retten

Neun von zehn Migranten und Flüchtlingen, die 2016 versucht haben, über das Mittelmeer in die EU zu kommen, haben in Libyen ein Boot bestiegen. 181.000 haben es geschafft, das andere Ufer zu erreichen – meistens in Italien. Mehr Menschen als je zuvor sind aber laut EU-Kommission unterwegs ertrunken. Um eine weitere Tragödie in diesem Jahr zu verhindern, soll die EU stärker mit den südlichen Mittelmeeranrainern zusammenarbeiten, schlägt die Kommission vor. Sie hat Vorschläge gemacht, die ihre Strategie zur Migrationssteuerung ergänzen. Die Staats- und Regierungschefs der 28 EU-Staaten wollen bei ihrem Sondertreffen auf Malta am 3. Februar darüber beraten.

> „An erster Stelle muss die Stabilität in Libyen und der gesamten Region stehen“, erklärte EU-Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker. „Diesen Prozess werden wir weiterhin unterstützen und gleichzeitig entscheidende Maßnahmen vorantreiben, um Menschenleben zu retten und Schleusern und Menschenhändlern das Handwerk zu legen. Das wird sich auch auf die Migrationsströme nach Europa auswirken“, sagte Juncker.

Schulung für Libyens Küstenwache

„Die Todesfälle ereignen sich immer näher an der libyschen Küste“, sagte Federica Mogherini, EU-Außenbeauftragte und Kommissionsvizepräsidentin. EU-Schiffe, die im Rahmen der Operation „Sophia“ im Mittelmeer Schiffbrüchige retten und Schmuggler stellen, dürften aber nicht in libysche Küstengewässer einfahren. „Wir möchten, dass auch die Menschen dort gerettet werden“, so Mogherini. Das sei Sache der Libyer. Das laufende EU-Programm zur Schulung der libyschen Küstenwache – auch für die Seenotrettung – soll dafür ausgeweitet und zunächst mit weiteren 3,2 Mio. Euro unterstützt werden.

Zudem wird vorgeschlagen, in diesem Jahr 200 Mio. Euro für Libyen aus dem EU-Treuhandfonds für Afrika zu mobilisieren. Ein Teil des Geldes soll wiederum für die Küstenwache, es sollen aber auch die Bedingungen in Flüchtlingslagern verbessert werden, die von der Kommission als „unakzeptabel“ bezeichnet werden. Auch für libysche Kommunen ist Unterstützung geplant,

damit die Einwohner nicht aus wirtschaftlichen Gründen zu Schleusern werden, sondern stattdessen andere Arbeit finden. Ein Problem für die Umsetzung von Projekten ist, dass es in Libyen keine stabile Regierung und Verwaltung gibt. Das nutzen Kriminelle aus, so die Kommission.

„Man muss den Menschen die Chance geben, sich den Schleppern zu entziehen“, sagte Mogherini. Migranten, die in Libyen stranden und dort nicht bleiben können, und die keine Aussicht auf Schutz in der EU haben, sollen direkt in Lagern gezielte Hilfsangebote erhalten, wenn sie in ihre Heimatländer zurückkehren wollen. Dafür wurden im Dezember bereits 20 Millionen Euro im Treuhandfonds reserviert. Menschen, die Anspruch auf internationalen Schutz haben, sollen möglichst direkt aus den Flüchtlingslagern in Aufnahmeländer, auch in der EU, gebracht werden. In beiden Fällen empfiehlt die Kommission, die Zusammenarbeit mit dem UN-Flüchtlingshilfswerk UNHCR und der Internationalen Organisation für Migration zu suchen.

Um den Zustrom nach Libyen zu verringern, soll die EU laut Kommission beim „Management“ der Südgrenze helfen. Aufgebaut werden soll dabei auf der laufenden Kooperation mit dem Niger. Seit internationale Experten die nationalen Kräfte in der Stadt Agadez im Niger unterstützen, gebe es deutlich weniger illegale Grenzübertritte nach Libyen, sagte Mogherini. „Die Partnerschaftsabkommen bringen Erfolge und helfen Leben retten“, erklärte sie.

Netzwerk gegen Schleuser im Aufbau

Im Mittelmeerraum soll enger mit Ägypten, Tunesien und Algerien bei der Migrationssteuerung, der Rückführung von Menschen, die nicht in der EU bleiben können, und beim Vorgehen gegen Schleuser kooperiert werden. Im Frühjahr soll etwa das Netzwerk „Seahorse Mediterranean“ einsatzbereit sein, bei dem es um einen besseren Austausch zwischen den Grenzschutzern geht. Über das Netzwerk werden die nationalen Zentren für die Grenzüberwachung miteinander verbunden, so dass sie sich sehr schnell gegenseitig über Vorfälle informieren und Patrouillen koordinieren können. Auch Libyen soll eingebunden werden. Von EU-Seite werden Italien, Malta, Griechenland, Zypern, Frankreich, Spanien und Portugal teilnehmen. (frh) >

Valetta-Gipfel der EU

Zukunft der EU nach dem Brexit

Die 27 EU-Staats- und Regierungschefs (ohne Großbritannien) werden in Valletta auf Malta ihre Diskussion zur Zukunft der EU nach dem britischen Austritt fortsetzen. Wie im September vereinbart, geht es darum, den Erwartungen der Bürger besser zu entsprechen, mehr auf ihre Bedürfnisse einzugehen und die Zusammenarbeit der Mitgliedstaaten zu verbessern. Einen Beschluss hierzu werden die EU-Staats- und Regierungschefs bei ihrem Treffen in Rom am 25. März, zum 60. Jubiläum der Unterzeichnung der Römischen Verträge fassen.

2017 bringt Finanzierungshilfen und neue Vorschläge

Weniger Müll produzieren, sparsam mit Energie umgehen, die in ausrangierten Produkten enthaltenen Rohstoffe so oft wie möglich wiederverwerten und damit wertvolle Ressourcen effizienter nutzen: Diese Kernziele will die EU-Kommission mit dem Aufbau einer Kreislaufwirtschaft erreichen. „Wir sind gut vorangekommen und planen neue Initiativen für das Jahr 2017“, sagte der für das Thema zuständige Erste Vizepräsident der EU-Kommission, Frans Timmermans, bei der Vorstellung einer Bilanz der Fortschritte, die seit dem Start der Kreislaufwirtschaftsinitiative im Dezember 2015 erreicht wurden.



Wenn Müll nicht vermieden oder recycelt werden kann, sollte er als Energiequelle genutzt werden. Die EU-Kommission hat dafür jetzt Leitlinien vorgelegt.

> „Wir schließen den Kreislauf von Design, Herstellung, Verbrauch und Entsorgung und schaffen dadurch eine grüne, kreislaforientierte und wettbewerbsfähige Wirtschaft in Europa“, so Timmermans. Die Kommission setzt dabei nicht nur auf rechtliche Vorgaben etwa für die Abfallwirtschaft oder auf ökologische Mindeststandards für Produkte, sie will auch Unternehmen unterstützen, die im nachhaltigen Umgang mit Ressourcen Geschäftschancen sehen.

Gemeinsam mit der Europäischen Investitionsbank (EIB) hat die Kommission jetzt eine Plattform gegründet, über die Investoren und Projektentwickler zusammengebracht und durch Experten der EIB beraten werden sollen. „Unser Ziel ist es, die öffentlichen und privaten Investitionen in die Kreislaufwirtschaft zu steigern“, sagte Kommissionsvizepräsident Jyrki Katainen. „Das bedeutet oftmals neue Geschäftsmodelle, die neue, innovative Wege der Finanzierung erfordern.“ Die Experten sollen den Weg zu verschiedenen privaten und EU-Finanzierungsquellen ebnen und finanzielle und technische Gutachten erstellen. Dabei soll dieselbe Methode benutzt werden, wie beim erfolgreichen Start der EU-Investitionsinitiative mit dem Europäischen Fonds für Strategische Investitionen (EFSI).

Müll als Energiequelle nutzen

Im Bereich der Abfallwirtschaft hat die Kommission 2016 Gesetzesvorschläge gemacht, mit denen etwa Recyclingquoten für Siedlungs- und Verpackungsmüll vorgeschrieben werden und

das Entsorgen von Müll auf Deponien mittelfristig gestoppt werden soll. Über diese Vorschläge beraten derzeit Mitgliedstaaten und Europäisches Parlament. Nun hat die Kommission eine Mitteilung an die Mitgliedstaaten veröffentlicht mit Leitlinien für die Energiegewinnung aus Abfall. 2014 seien rund 1,5 Prozent des gesamten Energieverbrauchs in der EU durch Verbrennung oder Mitverbrennung von Abfall oder durch anaerobe Gärung und Umwandlung in Biogas gedeckt worden, heißt es darin. Die Kommission gibt den Mitgliedstaaten Empfehlungen, wie sie ihre Möglichkeiten zur Energieerzeugung aus Müll am besten nutzen können, ohne mit EU-Umweltrecht oder anderen Rechtsvorschriften und Zielen in Konflikt zu kommen.

Die Kapazitäten zur Müllverbrennung sind ganz unterschiedlich über die Mitgliedstaaten verteilt. Drei Viertel der Kapazitäten befinden sich

Umweltfreundlicher konsumieren

Seit der industriellen Revolution ist die Abfallmenge in Europa laut dem CDU-Europa-abgeordneten Karl-Heinz Florenz konstant mit dem Wohlstand gestiegen. „Wir müssen daher jetzt endlich einen neuen Weg einschlagen, Konsum und Abfall voneinander entkoppeln und unseren Abfall reduzieren und nur wenn er unvermeidbar ist, wieder in einen neuen Rohstoff verwandeln. Das ist eine große Chance für unsere Gesellschaft und unsere Unternehmen“, sagte der CDU-Umweltpolitiker.

laut Kommission in Deutschland, Frankreich, Italien, Schweden, den Niederlanden und Großbritannien, wobei pro Kopf in Schweden und Dänemark der meiste Müll verbrannt wird. Im Süden und Osten der EU gibt es dagegen nur wenige Anlagen. Die Mitteilung soll etwa klären, unter welchen Umständen Abfall zum Verbrennen in andere Mitgliedstaaten gebracht werden kann. Auch wird den Staaten empfohlen, genau zu prüfen, welche Anlagen wo gebraucht werden. Plastik und Holzabfälle etwa sollen durch geplante weitere Vorschläge zur Kreislaufwirtschaft künftig stärker wiederverwendet werden, kündigt die Kommission an. Sie stünden also weniger zur Energiegewinnung zur Verfügung.

Mehr Recycling von medizinischen Geräten

Die schrittweise Verminderung von gefährlichen Substanzen wie Blei, Quecksilber und Cadmium in Elektro- und Elektronikgeräten ist das Ziel der so genannten RoHS-Richtlinie von 2011. Die Kommission schlägt jetzt eine Änderung vor, damit bestimmte gebrauchte medizinische Geräte und Medizinprodukte auch nach dem 21. Juli 2019 noch gekauft und weiterverkauft werden dürfen. Damit sollen Reparatur und Weiterverkauf insbesondere teurer Geräte erleichtert werden. Pro Jahr könnten so über 3.000 Tonnen gefährliche Abfälle vermieden und Energie und Rohstoffe gespart werden. Außerdem sind laut Kommission Einsparungen von rund 170 Mio. Euro in Krankenhäusern möglich. (frh) >

▮ [Aktionsplan zur Kreislaufwirtschaft](#)

Juncker will in diesem Jahr entscheidende Weichen stellen



Diskutiert wird über die Wahrung sozialer Rechte von Menschen, die Arbeit auf Abruf leisten oder Jobs über das Internet vermittelt bekommen, etwa in der Reinigungsbranche.

Funktionierende und faire Arbeitsmärkte und Sozialsysteme in Europa – darum geht es bei der „europäischen Säule sozialer Rechte“. Die EU-Kommission unter Präsident Jean-Claude Juncker will den Bedürfnissen der Bürgerinnen und Bürger nach fairen Regeln in der Arbeits- und Sozialpolitik in der EU mehr Gewicht verleihen. „Seit meinem Amtsantritt habe ich immer wieder zum Ausdruck gebracht, dass ich ein sozialeres Europa möchte“, sagte Juncker bei einer Konferenz mit rund 600 Teilnehmern zum geplanten Aufbau einer „Säule sozialer Rechte“. „Es wird kein Europa geben, wenn wir nicht auf die grundlegenden sozialen Bedürfnisse eingehen“, unterstrich er die Bedeutung der Initiative. Mit der Konferenz wurde eine breite Diskussion über den Inhalt der Sozialrechtssäule weitergeführt.

> Im März hatte die Kommission einen ersten Entwurf dafür präsentiert, zu dem sich die Öffentlichkeit in einer Konsultation äußern konnte. Mehr als 16.000 Beiträge gab es in diesem Rahmen. Auf der Grundlage des bisherigen Meinungsaustauschs wird die Kommission voraussichtlich im März konkrete Vorschläge zur Stärkung der sozialen Rechte machen, über die dann die EU-Gesetzgeber entscheiden müssen. „Die Menschen wollen jetzt konkrete Aktionen sehen“, sagte Juncker. „Dieses Jahr wird entscheidend sein.“

Zwar sei Sozialpolitik weitgehend Kompetenz der Mitgliedstaaten und werde das auch bleiben, sagte EU-Arbeits- und Sozialkommissarin Marianne Thyssen bei der Konferenz. Doch etliche Antworten auf die Frage, wie soziale

Sicherheit angesichts von Globalisierung, Digitalisierung und demografischem Wandel gewährleistet werden kann, müssten die EU-Staaten gemeinsam geben. Die Kommission strebe eine Gesellschaft an „wo steigende Wettbewerbsfähigkeit Hand in Hand mit sozialem Fortschritt geht“, sagte Thyssen. Juncker nannte als ein Beispiel den Anspruch auf einen Mindestlohn. Dieses Recht solle in allen Euro-Staaten, für die die Säule der Sozialrechte zunächst gelten soll, verankert werden.

Lebenslange Weiterbildung ist wichtig

In Deutschland läuft auch auf nationaler Ebene eine Diskussion über die Anpassung sozialer Rechte an den Wandel in Arbeit und Gesellschaft. Ihr Stand wurde im „Weißbuch Arbeiten 4.0“ zusammengefasst. Wichtige Elemente sind etwa der Erwerb der „richtigen“ Fähig- und Fertigkeiten durch gute Bildung, Ausbildung und lebenslanges Lernen. Angeregt wird auch, dass jeder Mensch zu Beginn seiner Karriere ein „persönliches Erwerbstätigenkonto“ erhält. Die darauf eingezahlten Guthaben könnten später dann zur Finanzierung etwa von Weiterbildung, Familienauszeit oder Sabbatjahren genutzt werden.

Regeln für neue Arbeitsformen

Auch das Europäische Parlament beteiligt sich an der Debatte über soziale Rechte. In einer Entschließung hat es etwa eine „angemessene Bezahlung“ für Praktikanten, Trainees und Auszubildende gefordert und den Schutz sozialer Rechte von Menschen, die über digitale Plattfor-

men Aufträge erhalten oder „Arbeit auf Abruf“ leisten. Über Internetplattformen werden etwa Aufträge für Handwerker, Putzkräfte aber auch an Produkttester, Forscher oder Programmierer vergeben, teils über Ausschreibungen. Ansprüche auf Sozialversicherung, Urlaub sowie Arbeitsschutzfragen sind häufig nicht geregelt.

Arbeit auf Abruf leisten nach Schätzung des Deutschen Gewerkschaftsbunds in Deutschland etwa 5 Prozent der Arbeitnehmer. Am meisten sei das in der Gastronomie verbreitet, aber auch im Einzelhandel, im produzierenden Gewerbe oder Verkehrsbereich, oft in kleinen Unternehmen. Arbeitgeber sind mit solchen Verträgen sehr flexibel, Mitarbeiter bei Bedarf für lange Einsätze anzufordern und an anderen Tagen gar nicht.

In Deutschland steckt das Teilzeit- und Befristungsgesetz einen Rechtsrahmen. Zehn Stunden Arbeit in der Woche und drei Stunden am Stück pro Tag sind darin als Mindeststandard vorgesehen sowie eine Ankündigung der Einsätze vier Tage im Voraus. Doch kann laut DGB auch Abweichendes vereinbart werden, und gerade gegen die Pflicht zur Vorausplanung werde häufig verstoßen. Konflikte sieht der DGB oft, wenn es um Urlaubsgeld, Feiertagszuschläge oder Lohnfortzahlung bei Krankheit geht. Er sieht hier noch Regelungsbedarf und fordert, wie das Europaparlament, ein Verbot so genannter Null-Stunden-Verträge, die Arbeit auf Abruf ermöglichen. (frh) >

■ *Europäischer Sozialgipfel im November*

Sozialgipfel im November

Über weitere Schritte zur Schaffung von fairen Arbeitsplätzen und Wachstum wollen EU-Staats- und Regierungschefs, Arbeitgeber, Gewerkschafter und andere Akteure bei einem Sozialgipfel am 17. November in Göteborg beraten. Diesen werde die EU-Kommission zusammen mit der schwedischen Regierung organisieren, kündigte Kommissionspräsident Juncker an. Der Gipfel werde helfen, „die sozialen Prioritäten dort zu positionieren, wo sie hingehören: ganz oben auf der Tagesordnung Europas“, sagte Juncker.

DATUM	THEMA	ORT	KONTAKT
> 07.02.2017 18.00–19.30 Uhr	„In search of acceptance: Legitimation deficits and resources of the European Union“ Podiumsdiskussion Veranstalter: Hertie School of Governace	Hertie School of Governance Forum Friedrichstraße 180 10117 Berlin	www.hertie-school.org/index.php?id=3134
> 08.02.2017 12.30–14.00 Uhr	„Perspektiven europäischer Migrationspolitik aus deutscher Sicht“ IEP-Mittagsgespräch Veranstalter: Institut für Europäische Politik	Europäisches Haus Unter den Linden 78 10117 Berlin	http://iep-berlin.de/blog/forum/einladung-zum-iep-mittagsgesprach-mit-emily-haber-bundesministerium-des-innern-perspektiven-europaeischer-migrationspolitik-aus-deutscher-sicht/
> 13.02.2017 19.00 Uhr	„Hessen im Gespräch mit Europa“ EU-Bürgerdialog Veranstalter: Regionalvertretung der Europäischen Kommission in Bonn, Hessische Ministerin für Bundes- und Europaangelegenheiten	Helaba Maintower Neue Mainzer Straße 52-58 60311 Frankfurt am Main	https://ec.europa.eu/germany/events/eu-b%C3%BCrgerdialog-frankfurt_de
> 15.02.2017 18.00–21:30 Uhr	EuropaKultur – ein Kontinent in Bewegung: „Simshar“ Diskussion und Filmvorführung Veranstalter: Vertretung der Europäischen Kommission, Informationsbüro des Europäischen Parlaments, EUNIC Berlin, Botschaft der Republik Malta	Europäisches Haus Unter den Linden 78 10117 Berlin	https://ec.europa.eu/germany/europakultur-events-registration_de
> 15.02.2017 18.00 Uhr	„Europäische Lösungen für Globale Probleme? Die EU im regionalen Vergleich“ Roundtable Veranstalter: Freie Universität Berlin	Berlin-Brandenburgische Akademie der Wissenschaften Jägerstraße 22/23 10117 Berlin	www.polsoz.fu-berlin.de/en/v/transformeurope/events/20170215_roadshow-berlin.html
> 16.02.2017 14.00–18.00 Uhr	„Europäische Erfolgsgeschichten aus dem EU-Kulturförderprogramm KREATIVES EUROPA“ Präsentation Veranstalter: Creative Europe Desk KULTUR	Vertretung der Europäischen Kommission in Deutschland Unter den Linden 78 10117 Berlin	www.creative-europe-desk.de/
> 16.02.2017 17.30–20.30 Uhr	„60 Jahre auf dem Weg: Europa als Sozialgemeinschaft“ Podiumsdiskussion Veranstalter: SPD-Bundestagsfraktion	Fraktionsaal der SPD im Reichstagsgebäude Platz der Republik 1 11011 Berlin	www.spdfraktion.de/termine/2017-02-16-60-jahre-weg-europa-sozialgemeinschaft
> 16.02.2017 19.00 Uhr	„Europa im Fadenkreuz des Terrorismus – Herausforderung und Bekämpfungsmaßnahmen“ Bürgerforum Veranstalter: Europe Direct Informationszentrum Dortmund	Auslandsgesellschaft Steinstraße 48 44147 Dortmund	www.europe-direct-dortmund.de/unsere-veranstaltungen/veranstaltungsankundigungen/
> 17.02.2017 17.00 Uhr	„Mitreden über Europa“ EU-Bürgerforum Veranstalter: Informationsbüro des Europäischen Parlaments in Deutschland	Ratsdiele Ernst-Reuter des Rathauses Magdeburg Alter Markt 6 39104 Magdeburg	www.europarl.de/de/aktuell_presse/veranstaltungen/buergerforen/aktuell_buergerforen/mitreden_magdeburg.html

> Alle Termine zum Nachlesen und Anklicken finden Sie auch noch einmal hier: https://ec.europa.eu/germany/news/eu-newsletter_de

IMPRESSUM



Vertretung in Deutschland

Herausgeber:

Europäische Kommission – Vertretung in Deutschland:

Leitung: Richard Kühnel
Unter den Linden 78 • 10117 Berlin • Tel: 030-22 80 20 00 • Fax: 030-22 80 22 22
E-Mail: eu-de-kommission@ec.europa.eu • Internet: www.eu-kommission.de

Regionalvertretung in Bonn:

Bertha-von-Suttner-Platz 2-4 • 53111 Bonn • Tel: 0228-530 09-0 • Fax: 0228-530 09 50

Regionalvertretung in München:

Bob-van-Benthem-Platz 1 • 80469 München • Tel: 089-24 24 48-0 • Fax: 089-24 24 48 15

Redaktion & Grafik:

Reinhard Hönighaus, Gabriele Imhoff (EU-Kommission)
Frank Hütten, Armin Kalbfleisch, Marion Gladzewski
MBI Martin Brückner Infocource GmbH & Co. KG • Gutleutstraße 89
• 60329 Frankfurt am Main • E-Mail: cp.contact@mbi-infocource.de

Herstellung:

Brandenburgische Universitätsdruckerei und Verlagsgesellschaft Potsdam mbH
Klimaneutral gedruckt und mit FSC®-Zertifizierung als Nachweis der Holzherkunft aus guter Waldbewirtschaftung.



Haftungsausschluss:

Für die Inhalte der verlinkten Seiten sind die EU-Nachrichten nicht verantwortlich. Jegliche Haftung wird abgelehnt. Die EU-Nachrichten geben nicht in jedem Fall die Haltung der Kommission wieder und binden die Kommission in keiner Weise. Die Wiedergabe mit Quellenangaben ist vorbehaltlich anderslautender Bestimmungen gestattet.

Diskutieren Sie mit uns auf Facebook



und folgen Sie uns auf Twitter



EUROPÄISCHER JUGENDKONVENT

Eine Zukunftsvision von Europa entwickeln

Junge Menschen aus Europa wollen verhindern, dass EU-Skeptiker und Nationalisten das europäische Einigungswerk in Gefahr bringen. Der französische Verband der Jungen Europäischen Föderalisten (JEF) lädt deshalb zu einem Europäischen Jugendkonvent ein, der vom 9. bis 12. März im Europaparlament in Straßburg stattfinden wird. Von dort soll ein deutliches Signal an Öffentlichkeit und Politiker für die Weiterentwicklung der europäischen Integration ausgehen. Geplant ist, eine „europäische Verfassung“ zu entwerfen, eine Vision der Jugend für die Zukunft Europas, und bei den Politikern in der EU für diese zu werben.

150 Vertreterinnen und Vertreter von Jugendorganisationen können am Konvent in Straßburg teilnehmen. Bewerbungen sind über die unten angegebene Webseite möglich.

■ [Europäischer Jugendkonvent](#)

BESCHWERDEN VON VERBRAUCHERN

Unternehmen müssen über Schlichtungsverfahren informieren

Wenn Kunden nach dem Kauf von Waren oder Dienstleistungen Beschwerden haben, droht unter Umständen ein teurer Rechtsstreit. Neutrale Verbraucherschlichtungsstellen können helfen, den Konflikt gütlich und außergerichtlich beizulegen. Seit dem 1. Februar sind EU-Unternehmen durch eine neue EU-Richtlinie verpflichtet, deutlich darauf hinzuweisen, ob sie an organisierten Schlichtungsverfahren teilnehmen oder nicht. Darauf hat das Europäische Verbraucherzentrum (EVZ) Deutschland hingewiesen.



Hat ein Kunde mit seiner Beschwerde beim Unternehmen keinen Erfolg, muss ihm dieses spätestens dann Anschrift und Website einer zuständigen Schlichtungsstelle nennen – und zwar unabhängig davon, ob es an einem Schlichtungsverfahren teilnimmt. Die EU-Kommission hat eine Online-Streit-schlichtungsplattform eingerichtet, zudem gibt es in Deutschland 17 anerkannte Schlichtungsstellen.

■ [Beratung zur Schlichtung](#)

BUCHUNG VON MIETWAGEN

EU-Kommission setzt mehr Transparenz durch

Bei der Nutzung von Mietwagen soll es in der EU künftig keine bösen Überraschungen bei der Rechnung mehr geben. Die fünf führenden Autovermieter Avis, Europcar, Enterprise, Hertz und Sixt passen auf Druck der EU-Kommission ihre Geschäftspraktiken den EU-Verbraucherschutzregeln an. Aufgrund zahlreicher Beschwerden von Verbrauchern hatte diese seit 2014 mit den Verleihfirmen verhandelt. Die Autovermieter haben jetzt zugesagt, dass im angekündigten Gesamtpreis alle unvermeidbaren Kosten, wie beispielsweise in einem Land vorgeschriebene Winterreifen, enthalten sein werden. Die mit der Vermietung verbundenen Konditionen wie enthaltene Kilometerzahl, Stornierungsbestimmungen oder Kautions, sollen eindeutig und in verständlicher Sprache aufgelistet werden, das gleiche gilt für Extras und Versicherungsoptionen.

Irritationen mit Blick auf die Betankung soll es ebenfalls nicht mehr geben. Dem Kunden wird die Möglichkeit eingeräumt, das Auto vollgetankt in Empfang zu nehmen und es vollgetankt wieder abzugeben. Die fünf Autovermieter haben sich auch auf ein Vorgehen bei der Beschädigung eines Mietwagens festgelegt. So soll dem Kunden etwa die Rechnung für die Reparatur vorgelegt werden, bevor sein Konto belastet wird.

■ [Autovermieter einigen sich mit EU-Kommission](#)

JOURNALISTENPREIS

Insgesamt 30.000 Euro für die interessantesten Beiträge

2017 dürfte politisch aufregend werden für die EU und ihre zwei großen Gründungsländer Deutschland und Frankreich. „Das Verhältnis zwischen Deutschland und Frankreich steht angesichts der Wahlen, die in beiden Ländern in 2017 stattfinden werden, noch stärker im Fokus der Öffentlichkeit und auf der Agenda der Medien europaweit, als dies normalerweise sowieso schon der Fall ist“, sagte Thomas Kleist, Intendant des Saarländischen Rundfunks und Vorsitzender des Deutsch-Französischen Journalistenpreises.

Bis zum 1. März können Einzelbeiträge, Serien und Dossiers in den Kategorien Video, Audio, Textbeitrag, Multimedia und Nachwuchspreis eingereicht und vorgeschlagen werden. Sie müssen zwischen dem 2. März 2016 und dem 1. März 2017 erstmals veröffentlicht worden sein – nicht unbedingt in Deutschland oder Frankreich – und sollen zu einem besseren Verständnis zwischen beiden Ländern beitragen. Der mit insgesamt 30.000 Euro dotierte Preis wird am 4. Juli in Paris verliehen.

■ [Deutsch-Französischer Journalistenpreis](#)